

## ›Business as usual‹ reicht nicht!

Dr. Silke Voß-Kyeck, geb. 1968, beobachtet und analysiert für das Forum Menschenrechte die politischen Entwicklungen im UN-Menschenrechtsrat (HRC). Von der erneuten deutschen Mitgliedschaft ab dem Jahr 2020 erwartet sie mehr als das routinierte diplomatische Geschäft, denn die Herausforderungen in Genf sind groß.

Im Oktober 2019 wurde Deutschland wieder in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (Human Rights Council – HRC) gewählt. Dieses Gremium braucht Mitgliedstaaten, die sich für eine konsequente Benennung von Menschenrechtsverletzungen einsetzen und sich den zunehmenden Angriffen auf etablierte Menschenrechtsnormen und -instrumente entgegenstellen. Kann und will Deutschland solch ein Mitglied sein?

Es lohnt zunächst ein Blick auf die vorgelegten Wahlversprechen. Sie lesen sich routiniert und augenscheinlich überzeugend. Man stolpert allerdings über die gleichen Beschönigungen wie in den Aktionsplänen, auf die verwiesen wird. Auch die Chancen einer zeitgleichen Mitgliedschaft im HRC und im UN-Sicherheitsrat möchte die Bundesregierung nutzen – aber wie, wenn sie etwa im Sicherheitsrat die Fahne für den Klimaschutz hochhält, im Menschenrechtsrat aber hartnäckig gegen ein Mandat zu den Folgen des Klimawandels für die Menschenrechte vorgeht?

Entscheidend sind die politischen Realitäten und Herausforderungen, die Deutschland im Menschenrechtsrat erwarten. Dies betrifft strukturell-finanzielle Krisen gleichermaßen wie harte politische Auseinandersetzungen. Den Menschenrechtsvertragsorganen droht der schleichende finanzielle Tod, wenn nicht die Bundesregierung, die Europäische Union (EU) und andere in den Budgetverhandlungen im Fünften Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen der Generalversammlung mit allem Nachdruck für die notwendigen Haushaltsmittel streiten, die für das UN-Menschenrechtssystem ohnehin viel zu gering sind. In Bezug auf Menschenrechtsverletzungen in Staaten, die lange Zeit als tabu im HRC galten, können die letzten Ratssitzungen hingegen ermutigen. Gegen den erbitterten Widerstand der Philippinen zeigte das ›kleine‹ Island diplomatische Größe und beschaffte eine knappe Mehrheit für eine Resolution zu die-

sem Land, die im Juni 2019 angenommen wurde. Island hatte schon während der HRC-Sitzung im März 2019 politische Opportunität unberücksichtigt gelassen und trug im Namen von 36 Staaten eine Stellungnahme zur Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien vor.

Selbst China ist im Menschenrechtsrat nicht mehr unantastbar. Noch im Frühjahr dieses Jahres hatte die chinesische Delegation alles darangesetzt, Kritik an der Verfolgung von Uiguren und anderen Minderheiten in Xinjiang zu unterbinden. Auch im Juni schien niemand die Initiative für eine Resolution übernehmen zu wollen, bis 22 westliche Staaten in einem gemeinsamen Brief an den senegalesischen Ratspräsidenten China an seine menschenrechtlichen Pflichten und seine Verantwortung als Ratsmitglied erinnerten. Gleichzeitig lässt China nichts unversucht, etablierte Menschenrechtsstandards durch eigene Initiativen infrage zu stellen und eigene Interpretationen durch Ratsmehrheiten zu legitimieren.

Während die erwähnten Länderinitiativen das Potenzial für kritische Mehrheiten zeigen, dürften sich die Fronten damit noch verhärten. Die wachsenden Schwierigkeiten der EU, in Genf mit einer Stimme zu sprechen und entsprechend politisch gewichtig aufzutreten, sind wenig hilfreich. Die deutsche EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 macht die Aufgabe für die Bundesrepublik nicht kleiner.

Die Stärke des Rates steht und fällt mit seiner Mitgliedschaft. Er ist das politische Gremium im UN-Menschenrechtssystem und dort konzentrieren sich die zunehmenden Angriffe auf die Normen und Instrumente wie unter dem Brennglas. Umso stärker sind diejenigen gefordert, die Menschenrechte diplomatisch geschickt und zugleich möglichst kompromisslos und unerschrocken einfordern. Island hat dafür zuletzt Maßstäbe gesetzt. Wenn Deutschland zu diesen Mitgliedern zählen will, reicht ›business as usual‹ nicht aus.



FOTO: PRIVAT

**Den Menschenrechtsorganen droht der finanzielle Tod.**